

Die lange Leitung

Deutschland und die EU verschlafen den außenpolitischen Neustart mit den USA | Von Henning Hoff

Es ist schon erstaunlich. Da sehnten die Europäer, allen voran die Deutschen, vier lange Jahre das Ende der Ära Donald Trump herbei. Doch seit dessen Abwahl Anfang November und selbst seit dem Amtsantritt Joe Bidens vor vier Wochen ist da: nichts.

Dabei hat gerade Außenminister Heiko Maas in den vergangenen Monaten an großspuriger Rhetorik nicht gespart. Vor den Wahlen versprach er Biden im Falle eines Sieges einen transatlantischen „Neuanfang“, nach dem Sturm des US-Kapitols bot er an, gemeinsam einen „Marshallplan zur Stärkung der Demokratie“ aus der Taufe zu heben. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und jüngst der frisch gewählte CDU-Vorsitzende Armin Laschet beteuerten: Die Vereinigten Staaten sind unser wichtigster Verbündeter. Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Dezember 2020 eine ambitionierte „Neue transatlantische Agenda für globalen Wandel“.

Umso größer, so darf man sicher annehmen, ist derzeit die Verwunderung in Washington.

Dass sich im transatlantischen Verhältnis zukünftig viel um gemeinsame Strategien im Umgang mit China drehen würde, war vor den US-Wahlen völlig klar, auch dass man der neuen US-Regierung aus wohlverstandenen eigenen Interesse Angebote machen sollte, wie man sich gegen das autoritäre Ausgreifen der vergangenen Jahre wehren könnte. Das galt auch für Russland. Die Furcht, Trump könne über die

Köpfe der Europäer mit Russlands „ewigem“ Präsidenten Wladimir Putin, dem Trump auf höchst seltsame Weise untertänig verbunden ist, eine *grand bargain* schließen und die Nato verlassen, war durchaus real; umso dringender die Rückkehr zu einer gemeinsamen, westlichen Linie gegenüber dem Kreml.

Statt aber den schnellen Schulterschluss mit Biden zu suchen, gefallen sich Politikerinnen und Politiker der deutschen Regierungsparteien gerade darin, sich gegenseitig bei der Verteidigung der größten außenpolitischen Fehlleistung der Merkel-Ära zu überbieten: Nord Stream 2. Die zweite Ostsee-Gaspipeline, deren Kapazitäten gar nicht gebraucht werden; die es Russland aber erlaubt, die Ukraine zu umgehen und diese wie auch andere Osteuropäer unter Druck zu setzen; die die EU spaltet und das Verhältnis zu den USA belastet; die nicht zuletzt der weiteren Bereicherung Kreml-treuer Oligarchen dient.

All das scheint aber nicht zu zählen: Stattdessen werfen die Befürworter lieber den USA vor, deren Kritik und Sanktionspolitik sei nur vorgeschoben, Washington wolle den Europäern doch nur amerikanischen „Fracking-Gas“ verkaufen. (So las sich dann auch der diese Woche im Wortlaut bekanntgewordene Brief von Finanzminister Olaf Scholz an seinen damaligen Amtskollegen Steven Mnuchin vom vergangenen Herbst.)

Den Anfang machte der einstige SPD-Kanzlerkandidat und Vorsitzende der

Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, der im *Spiegel* erklärte: „Wir sollten Nord Stream 2 nicht mit dem Fall Nawalny verknüpfen.“ (Genau das hatten Maas und Merkel im ersten Schreck über den Nervengift-Anschlag auf den Oppositionspolitiker Alexej Nawalny im Herbst kurzzeitig getan. Heute tun dies eigentlich nur noch die Grünen und die FDP.)

Wenige Tage später äußerte sich Laschet ähnlich. Die Bundesregierung „verfolge den richtigen Kurs“, an Nord Stream 2 festzuhalten. „Wir müssen ... unsere Energieversorgung durch dieses privatwirtschaftliche Projekt sichern“, so der CDU-Vorsitzende gegenüber Reuters/„Internationale Politik“; zugleich sollten „die geopolitischen Interessen der Ukraine garantiert“ werden – eine Quadratur des Kreises. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier brachte vergangenes Wochenende dann das Kunststück fertig, Nord Stream 2 mit deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg in Verbindung zu

bringen und in der *Rheinischen Post* in atemberaubender Überhöhung „Energiebeziehungen“ als „fast die letzte Brücke zwischen Russland und Europa“ zu bezeichnen. Ohne Nord Stream 2, so die unterschwellige Botschaft, wäre in den Beziehungen zu Russland praktisch alles verloren.

Dieses Klammern an die Überreste einer gescheiterten Politik gegenüber Putins Kleptokratie und das Pochen auf eigene außenpolitische „Spielräume“ wurde auf EU-Ebene desaströs komplementiert durch die Moskauer-Reise des EU-Außenbeauftragten und Vize-Kommissionspräsidenten Josep Borrell, der sich von Russlands Außenminister Sergei Lawrow nach allen Regeln der Propagandakunst vorführen ließ.

Wie deutsche Spitzenpolitiker zuvor auch (abzüglich des in russischen Diensten stehenden „Altkanzlers“ Gerhard Schröder) forderte auch Borrell die Freilassung Nawalyns, um gleichzeitig zu betonen, Sanktionen plane man wegen dieser Angelegenheit natürlich nicht. So klingt es dann, wenn die EU „die Sprache der Macht spricht“. Da hatte es fast den Anflug leiser Ironie, dass Lawrow die EU unwidersprochen einen „unzuverlässigen Partner“ schalt. Tatsächlich schien Borrell mit gänzlich leeren Händen und ohne Vorstellungen einer zukünftigen EU-Politik gegenüber Russland nach Moskau geflogen zu sein.

Das sture deutsche Beharren auf Sonderwegen beziehungsweise naive europäische Konzeptionslosigkeit wiegen umso schwe-

rer, weil sie höchst irritierende Signale an die neue Regierung in Washington senden.

Schon der überhastete, auf deutschen Druck erfolgte Abschluss des europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI kurz vor dem Jahreswechsel musste auf die neue Biden-Regierung so wirken, als wäre Deutschlands und Europas „wichtigster Verbündeter“ am Ende dann doch nicht so wichtig. Auch gegenüber Peking wollen sich Berlin und Brüssel, in Verknüpfung welt-politischer Gegebenheiten, offenbar nicht zu eng an die Vereinigten Staaten binden, wenn es darum geht, einen gemeinsamen Kurs gegenüber der totalitär regierten, aufstrebenden Supermacht zu finden.

So hatte Biden allen Grund, sich beim Gedanken an die Europäer ein bisschen allein zu fühlen, als er in seiner ersten außenpolitischen Rede im State Department erklärte: „Amerikas Bündnisse sind unser größtes Kapital, und durch Diplomatie führen, heißt, wieder Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten und Partnern zu stehen.“ „Amerika ist zurück“, schrieb der frühere US-Diplomat Daniel Baer, unter Obama US-Botschafter bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dieser Tage in *Foreign Policy* und fragte: „Europa, bist du da?“

Bis auf Weiteres lautet die Antwort leider: nein. Und das ist, nach all der Zeit, die Deutschland und die EU in den Trump-Jahren hatten, sich auf diesen eigentlich höchst glücklichen Moment vorzubereiten, ziemlich beschämend.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPFER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Irgendwie

Wild geht es an den Weltbörsen zu und zunehmend unübersichtlich. Das liegt unter anderem an einem ganz neuen Phänomen. Nicht mehr Unternehmensnachrichten bestimmen die Aktienkurse oder – analytisch weitgehend fundierte – Anlageempfehlungen der Finanzinstitute. Nein, an den Börsen regieren zunehmend die „Influencer“. Sie analysieren nichts, sondern begründen ihre Empfehlungen meist – ja, wie eigentlich? – aus dem Bauch heraus. Prominentestes Influencer-Beispiel: der Turbo-Unternehmer Elon Musk, der den Kurs der Kryptowährung Bitcoin mit Twitter-Nachrichten nach oben trieb. Unlängst ließ er dann noch alle wissen, dass sein Automobilkonzern Tesla 1,5 Milliarden Dollar in Bitcoin angelegt hat – und allein durch diesen Tweet wurde er noch einmal reicher, genauso wie die, die ihm gefolgt sind. Geht es dort noch mit rechten Dingen zu?

Allemaal heikel ist die Frage danach, wie es sich verhält, wenn die Meinungsmacher selbst von ihrer Meinungsmacht profitieren, sich vor einem Tweet in bestimmten Papieren positionieren und dann mit ihrem Gezwitscher den Kurs genau jener Aktien beflügeln. Reguliert sind derlei Handhabungen nicht. Wie auch? Das Phänomen ist schließlich neu.

Früher gab es mal eine „Anlagetechnik“, die sich Frontrunning nannte. Börsenmakler zogen mit Großaufträgen ihrer Großkunden an den Markt. Da sie aufgrund der Aufträge die künftige Kursentwicklung einer Aktie abschätzen konnten, investierten sie kurz vor Platzierung der Kunden-Order erstmal auf eigene Rechnung oder auf die ihres Arbeitgebers und „erwirtschafteten“ beträchtliche Gewinne. Seit 2004 ist diese Variante des Insiderhandels verboten und wird bestraft. Nur im Hochfrequenzhandel machte diese Börsenpraktik vor ein paar Jahren noch einmal Furore.

Vor gut zehn Jahren trieben es ein paar Finanzjournalisten reichlich unverfroren, schrieben Kurse „nach oben“ und kassierten im Hintergrund kräftig mit. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte gut 30 Börsenbriefschreiber der Marktmanipulation.

Auch Influencer Musk hat mit seinen Tweets die Kurse einzelner Titel befeuert, neben Bitcoin die Kryptowährung Dogecoin sowie den Messenger-Dienst Signal. „Ich liebe Etsy irgendwie“, war ein weiterer Tweet. Und wieder schoss der Kurs der Aktie in die Höhe. Vielleicht hat seine Frau oder ein Freund vorher rein zufällig in Etsy-Aktien investiert. Wer weiß das schon, wie es die Börsen-Influencer mit eigenen Investments halten.

Derzeit ist vor allem das Produkt-Marketing von Influencern im Visier der Gesetzgeber und soll künftig aus Gründen des Verbraucherschutzes reguliert werden. Bald wird sich die Legislative wohl auch für den neuen Typus des Börsengurus etwas ausdenken müssen. Je früher, desto besser.

Im Auge des Tigers

Manuela Schwesig bringt sich in Position in Schwerin – und in Berlin | Von Max-Stefan Koslik

Wenn es mal wieder lange Tage waren, geht sie am nächsten Morgen laufen. Rund um den Pfaffenteich. Der liegt unmittelbar vor der Haustür von Manuela Schwesig (SPD) in der Schweriner Innenstadt. Am gegenüberliegenden Ufer im Arsenal residierte bis vor kurzem ihr langjähriger Wegbegleiter und Garant der rot-schwarzen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU). Zu Beginn ihres Morgenlaufs hört die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern immer „Von guten Mächten wunderbar geborgen“. Zum Schluss, wenn sie die sechs Kilometer hinter sich hat, dröhnt aus den Ohrhörern „Eye of the Tiger“ aus dem Rocky-Film. „Dann bin ich wieder auf Betriebstemperatur“, erzählt die 46-Jährige lachend.

Oft geht es dann auf dem Fahrrad in die Staatskanzlei. Die Schweriner Innenstadt ist nicht so groß. Jeder kennt hier jeden. Es gibt da die Geschichte, dass an einem Dienstag das gesamte Kabinett warten musste, weil die Chefin einen bekannten Theaterschauspieler getroffen hatte und sich seine Sorgen anhörte. Später machte sie die Theaterkrise im Land zur Chefsache. Nein, man muss sagen: zur Cheffinnsache.

Auf Betriebstemperatur ist Ministerpräsidentin Schwesig in diesen Tagen oft. Auch ganz ohne zu joggen. So wie sie vor einem Jahr den schwersten Kampf ihres Lebens führte, so führt sie seit Beginn der Corona-Krise den schwersten Kampf ihres Weges in der Politik.

Vor einem Jahr besiegte sie den heimtückischen Krebs. Anfang Mai vergangenen Jahres konnte Manuela Schwesig verkünden: „Ich bin wieder gesund“ – acht Monate, nachdem sie ihre Brustkrebskrankung



Von den „Guten Mächten“ bis zum „Eye of the Tiger“: Manuela Schwesig

öffentlich gemacht hatte. Zurück kam sie mit einer Kurzhaarfrisur, die sie noch bekannter machte. Keine Zeitung, keine Illustrierte, kaum eine Talkshow ohne Schwesig. Die Ministerpräsidentin, die schon zuvor als SPD-Vizebundesvorsitzende die Stimme des Ostens war, ist seither omnipräsent.

So wie sie mit ihrer Krankheit umgegangen ist, so offen geht sie jetzt im Kampf gegen die Corona-Pandemie vor. „Ich sage, was los ist, und versuche, damit offen umzugehen. Für diesen Weg habe ich mich entschieden, weil es mir auch immer wichtig war, natürlich auch in einem öffentlichen Amt, den Bürgern reinen Wein einzuschenken.“ Fast täglich tritt sie vor Kameras und Mikrofone. Wäre Twitter nicht schon erfunden gewesen, sie hätte es erfunden. Seit wenigen Tagen hat sie eine eigene Playlist beim Musikdienst Spotify: „Manus Musik“. Ganz oben „Eye of the Tiger“. Manuela Schwesig setzt auf junge Wähler. Sie lässt sich dafür von der 19-jährigen SPD-Influencerin Lilly Blaudszun beraten.

Im Auge des Tigers – das könnte auch ihre Art der Politik beschreiben. In ihrer Staatskanzlei regiert sie mit harter Hand. In der Pandemie ist sie die eiserne Krisenmanagerin im Nordosten. Zähl. Manchmal auch gefürchtet. Der Koalitionspartner CDU zeigt sich genervt. Ihre Genossen sagen, sie sei jetzt noch fokussierter.

Angst hat sie nicht. Nicht vor der Kanzlerin. Und erst recht nicht vor dem polternden Bayern Markus Söder, der die Bund-Länder-Runden oft als Bühne benutzt. Da wirft Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin schon mal ein: „Herr Söder, man sieht, wenn Sie mit den Augen rollen.“ Als Söder im Dezember ankündigte, dass Bayern den kleinen Grenzverkehr schließe, reagierte Schwesig: „Ich habe mich sehr gewundert, dass Bayern erst jetzt diesen Schritt geht. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern schon seit dem Frühjahrslockdown die Regel.“ An Söder arbeitet sie sich gerne ab. Es ärgert sie, dass er als der

harte Pandemie-Sheriff gilt, wo sie doch in „MeckPomm“ mit harten Maßnahmen lange die Pandemie in Grenzen zwang.

Schwesig ist mit Malu Dreyer und der Kanzlerin eine von drei Frauen in der Runde. Da muss man sich durchsetzen. Und Themen aufrufen, die sonst niemand so aufruft. Als Mutter einer Tochter in der Kita und eines Sohnes auf dem Gymnasium ist Schwesig diejenige, die immer wieder gegen Schulschließungen argumentiert. „Die Infektionen kommen nicht aus der Schule“, wiederholt sie stetig.

Als es beim Bund-Länder-Gipfel im Januar mal wieder heftigen Streit um die Schulen gab, Merkel aber andererseits gegen das verpflichtende Homeoffice argumentierte, sprang Schwesig Hubertus Heil zur Seite und griff Merkel an: „Wenn man Kindern so viel aberlangt, dann kann man auch von den Arbeitgebern erwarten, dass sie Homeoffice erlauben.“ Merkel explodierte: „Ich lasse mir nicht anhängen, dass ich Kinder quäle oder Arbeitnehmerrechte missachte.“ Die Ersten sprachen danach von der Anti-Merkel.

Bei Maybrit Illner greift sie die Kanzlerin öffentlich an: „Ich bin total enttäuscht,



MAX-STEFAN KOSLIK

ist Vorsitzender der Landespressekonferenz Mecklenburg-Vorpommern und Stellvertreter der Chefredakteur der *Schweriner Volkszeitung*. Er begleitet seit 1990 die Landespolitik als Korrespondent in Landtag und Regierung.